

### **Liebe Freunde und Mitglieder unseres Vereins,**

im aktuellen Newsletter zeigt unser neuer Vorsitzender, Prof. Dr. Edgar Lersch, Möglichkeiten einer gemeinsamen Nutzung des Güterbahnhofs durch Stadtarchiv und das Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus auf, während sein Vorgänger, Dr. Hans-Otto Binder, noch einmal einen Blick auf die Entwicklungen des letzten Geschäftsjahres wirft. Für alle, die nicht teilnehmen konnten, resümieren wir die beiden Vorträge der Reihe „Zwangsmigration im Zweiten Weltkrieg“.

Schließlich möchten wir Sie auf zwei Veranstaltungen im Mai hinweisen:

- Am 21.5. wird Generalstaatsanwalt a.D. Klaus Pflieger zum 40. Jahrestag des Baader-Meinhof-Prozesses sprechen und dabei auch auf den aktuellen NSU-Prozess eingehen. 19 Uhr, Kupferbau HS 24.
- Am 23.5. findet auf dem Tübinger Marktplatz ab 11 Uhr die Kundgebung „Respekt und Menschlichkeit: Ja zur Vielfalt“ statt, zu der auch unser Verein aufruft.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

LDNS e.V. Tübingen

### **Edgar Lersch: Stadtarchiv und LDNS gemeinsam in die Güterhalle? Erste Nutzungsüberlegungen**

Wie in der Südwestpresse/Schwäbisches Tagblatt nachzulesen war, sind die Entscheidungen (Bebauungsplan und Kaufverträge mit der Aurelis) für das Güterbahnhofsgebiet gefallen bzw. rechtsverbindlich umgesetzt worden. Nun ist es Sache des Tübinger Gemeinderats – sicherlich auf Basis von Vorschlägen des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung – zu entscheiden, wer von den verschiedenen Interessenten an einem Einzug in die Güterhalle mit anhängendem Gebäude im Westen den Zuschlag erhält. Nach dem Stand von heute sind Präferenzen noch nicht erkennbar.

Nun besteht eine immer wieder angesprochene Nutzungsvariante darin, das Stadtarchiv mit einem großen Teil des von ihm benötigten Magazinraums sowie den erforderlichen Funktionsräumen (Büros, Lesesaal) zusammen mit dem LDNS im Güterbahnhof unterzubringen. Schon vor einiger Zeit war die Leitung des Stadtarchivs von der Verwaltung gebeten worden, ihre Vorstellungen zur Nutzung in der Güterhalle zu entwickeln, und dies auch und gerade im Verbund mit dem LDNS. In einem Gespräch von Stadtarchivar Rauch sowie Hans-Otto Binder und Edgar Lersch, das Mitte Februar 2015 stattfand, wurden Nutzungsvorstellungen erörtert und mögliche Lösungen diskutiert. Sie könnten für eine immer wieder eingeforderte, gedeihliche und auch vom LDNS in seiner Programmatik und konzeptionellen Erörterungen auch stets unterstrichene Kooperation zwischen beiden Institutionen ein Muster abgeben.

Das hier Skizzierte basiert auf folgenden Prämissen: Der an die Güterhalle angebaute Bereich im Westen bleibt unberücksichtigt (worüber aber nicht grundsätzlich entschieden ist!). In der Güterhalle benötigt das Stadtarchiv von den nach dem Teilabriss vorhandenen Flächen den größten Teil, um seine endarchivierten ‚historischen‘ Bestände kompakt und fachgerecht an *einem* Ort zusammen mit seinen Funktionsräumen unterzubringen. Da der Keller der Güterhalle tendenziell hochwassergefährdet ist (wenn auch nur in äußerst seltenen Fällen), ist die Option des Stadtarchivars nachvollziehbar, keine Archivalien im Untergeschoss der Güterhalle unterzubringen. Das LDNS seinerseits

hat Raumbedarf für zwei Kernaktivitäten: erstens für seine im ganz allgemeinen Sinne formulierten Präsentations- bzw. Ausstellungsvorhaben; zweitens benötigt es Platz für seine pädagogischen Pläne (forschend exploratives Lernen individuell und/oder in Gruppen): dafür werden Gruppenarbeitsräume sowie ein Veranstaltungsraum benötigt. Die beschriebenen Voraussetzungen bestimmen die skizzierte Verteilung des Platzes auf beide an einem Einzug in die Güterhalle interessierten Einrichtungen.

Das Stadtarchiv will konzentriert seine endarchivierten (d.h. endgültig bewerteten, erschlossenen, archivgerecht verpackten usw.) Bestände an *einem* Ort, d.h. in der Güterhalle einlagern. Angesichts von deren Umfang ist demnach eine Unterbringung so einzurichten, dass sie in einer mit einer eingezogenen Decke gestalteten Raumkonstellation magaziniert werden können. Dieser westliche Teil des doppelstöckigen Magazinbereichs soll demnach ein gutes Stück vor dem Beobachtungsstand enden. In dem bis zur Mauer verbleibenden hohen und lichten Raum sind nach den vorläufigen, noch nicht durch Architektenskizzen und genaueres Aufmaß verifizierten Überlegungen u.U. der Eingangsbereich, vor allem der Lesesaal des Stadtarchivs unterzubringen. Bei geschickter Planung kann einerseits eine ausreichende Sicht auf den Beobachtungsstand gewährleistet werden. Zumindest ein Teil einer an lokales Kriegsgeschehen erinnernde, die örtlich-regionale Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter-Ausbeutung präsentierende Ausstellung könnte dort untergebracht werden. Inwieweit dafür teilweise die an die Güterhalle angrenzende Rampe oder gar der – wie im Bebauungsplan vorgesehen – renovierte Teil des Verladebahnsteigs einbezogen werden sollte, müssen die näheren Nutzungs- und Umbauüberlegungen noch ergeben. Um an der Stelle weiter zu fahren: weitere Präsentations- und Ausstellungsflächen für das LDNS wären dann im Untergeschoss vorzusehen, in welchem Umfang, ist noch näher zu planen und zu verhandeln. Offensichtlich ist es aber entsprechend einigen Hinweisen in den Bebauungsplanunterlagen so, dass auch für das Untergeschoss bereits Nutzungsbegehren vorliegen: das LDNS muss also durchaus in Konkurrenz zu anderen Interessenten seine Wünsche konkretisieren bzw. anmelden.

Für den östlich des Beobachtungsstands gelegenen Teil der Güterhalle wäre dann wieder eine zweigeschossige Nutzung vorzusehen. Im unteren Teil denkt der Stadtarchivar weiter an Magazinflächen und sieht für das obere Geschoss einen Veranstaltungsraum und die Büros für das Stadtarchiv vor. Im weiteren Verlauf ist zu prüfen, ob der von Stadtarchiv und LDNS gemeinsam zu nutzende Veranstaltungsraum auch in seinem Volumen so konfiguriert werden kann, dass er von Fall zu Fall teilbar ist, also Platz für zwei Gruppenarbeitsräume vorhanden sein wird (darauf legen die dazu befragten Lehrer großen Wert) und bei dem Platzangebot in diesem Teil wenigstens noch ein Büroraum für das LDNS zur Verfügung steht.

Der LDNS-Vorstand strebt nun an, auf Basis etwa dieser Vorstellungen in Gespräche mit der Stadt, d.h. in erster Linie der Kultur- und der Bauverwaltung, in Form eines „Runden Tisches“ eintreten zu können.

### ***Hans-Otto Binder: Rückblick auf das Geschäftsjahr 2014/15***

2014 war geprägt von einer Reihe von z.T. recht gut besuchten Veranstaltungen, dann aber vor allem von der Entwicklung um den Bebauungsplan Güterbahnhof und die Belegung des Gebäudes selbst. Dazu mussten wir unser Vorhaben möglichst überzeugend in der Öffentlichkeit und bei den Entscheidungsträgern präsentieren. Unsere Vorträge bzw. Vortragsreihen widmeten sich dem Antisemitismus und Rassismus vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zu den antisemitischen Strömungen

der Gegenwart. Leider hat das vergangene Jahr all denen Recht gegeben, die in Antisemitismus und Rassismus eine ständige Gefahr sehen. Dem trug auch unsere große Podiumsveranstaltung Rechnung, die wir zusammen mit dem Fritz-Erlor-Forum zu den rechten Tendenzen in Osteuropa durchführten. Wir sollten in Zukunft den aktuellen Bedrohungen unserer demokratischen Gesellschaft verstärkt unsere Aufmerksamkeit widmen und dieser Aufgabe in unserer Konzeption noch mehr Nachdruck geben, als wir es bisher schon getan haben. Hans Peter Hellermann, der uns in dieser Beziehung immer auf dem Laufenden hält und den AK Rechtsradikalismus leitet, ist bei seiner Arbeit für jede Unterstützung dankbar.

Ein weiterer Vortragszyklus wurde gemeinsam mit der Martinsgemeinde zum Thema „Die württembergische evangelische Kirche und der Nationalsozialismus“ durchgeführt. Diese dreiteilige Reihe wurde sehr gut besucht und führte zu lebhaften Diskussionen.

Der Schwerpunkt der Vorstandsarbeit im vergangenen Jahr lag allerdings auf dem Güterbahnhof und den damit verbundenen Problemen, dazu gehörten leider auch die Angriffe von Hans-Joachim Lang im Schwäbischen Tagblatt. Wegen dessen hohen Ansehens in Sachen Nationalsozialismus waren diese besonders schmerzhaft und führten zu Verunsicherungen auch bei unseren Mitgliedern. Vor allem seine Behauptung, es gebe einen Konflikt zwischen Stadtarchiv und LDNS war für uns verheerend. Dabei war es gerade die Aussicht auf eine Kooperation mit dem Stadtarchiv, die uns bewogen hat, das ursprüngliche Ziel Haering-Haus aufzugeben und unsere Unterbringung im Güterbahnhof anzustreben. Stadtarchivar Udo Rauch war als Mitglied unseres Beirats über unsere Diskussionen immer bestens informiert und hat uns auch in allen Fragen in dieser Funktion immer gut beraten. Der Reiz der gemeinsamen Lösung bestand vordergründig in der vielfachen Doppelnutzung von Arbeitsplätzen, Vortragsräumen und auch Ausstellungsflächen. Das was wir benötigen würden, könnte uns auch teilweise über das Stadtarchiv zur Verfügung gestellt werden und umgekehrt. Unser Raumbedarf würde sich so de facto stark reduzieren. Unverzichtbar für uns wäre dabei der Raum für die Dauerausstellung, die den Beobachtungsstand einbeziehen würde. Dieser würde aber auf jeden Fall erhalten bleiben müssen. Ohne uns müsste die Stadt eben selbst für eine ansprechende Präsentation sorgen.

Die fachliche Kooperation mit dem Stadtarchiv würde sich aber noch viel weiter erstrecken als auf die bloße Doppelnutzung von Räumen. In unserer Konzeption spielt das selbstbestimmte Lernen eine große Rolle, das ist nicht nur mit unseren eigenen Quellenbeständen möglich, sondern auch mit den Quellen des Stadtarchivs. Das ist aber auch eine Zielsetzung der Schule und des Archivwesens, beide wollen die Schüler möglichst mit originalen Quellen in Kontakt bringen. Auch hier treffen sich unsere Interessen mit denen der Schule und des Stadtarchivs.

Die Idee, einen Keil zwischen Stadtarchiv und LDNS zu treiben, ist zwar nicht gelungen, aber sie hat doch für eine gewisse Verunsicherung gesorgt.

Wir haben uns im vergangenen Jahr bemüht, unsere Vorstellungen in inhaltlicher wie in Hinsicht der Präsentation zu präzisieren. Das ist für einen Kreis ehrenamtlich Tätiger nicht immer ganz einfach, deswegen sind wir für jede Unterstützung aus dem Kreis der Mitglieder dankbar. Vor allem die Arbeitskreise können Mitarbeiter brauchen, denn es steht uns noch viel Arbeit bevor.

### ***Veranstaltungsreihe „Zwangsmigration im Zweiten Weltkrieg“***

Unsere kleine Reihe im April umfasste die Vorträge von Prof. Dr. Mark Spoerer zu Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ und von Prof. Dr. Johannes Großmann zur Evakuierung des deutsch-französischen

Grenzgebietes 1939/40. Beide Veranstaltungen fanden in Kooperation mit dem Seminar für Zeitgeschichte, letzterer auch mit Unterstützung des Deutsch-Französischen Kulturinstituts statt.

*Mark Spoerer* setzte sich zunächst mit der Frage auseinander, wie Zwangsarbeit überhaupt zu definieren sei. Hierzu griff er auf Überlegungen von Albert O. Hirschman zurück, wonach Zwangsarbeit dann vorliege, wenn die/der Betroffene keine Ausstiegsoption (no exit) und keine oder nur geringe Möglichkeiten hat, den Ausgang von Konflikten zu beeinflussen (no voice). Nachdem seit 1938 die Arbeitsbedingungen im „Dritten Reich“ für deutsche Arbeiter verschärft worden seien, wurden als erste österreichische und deutsche Juden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Nach Beginn des Krieges wurden dann Kriegsgefangene und Zivilarbeiter aus den besetzten Ländern eingesetzt, zugleich aber 2,2 Mio. sowjetische Kriegsgefangene ermordet. Ihre Lage besserte sich erst, als sich im Winter 1941 eine Kriegswende abzeichnete. Ab 1943 schließlich wurden Häftlinge als letzte Arbeitskräftereserve zur Arbeit gezwungen – auch wenn Arbeit weiterhin auch als Vernichtungsinstrument eingesetzt wurde. Insgesamt, so schätzte Spoerer, waren 8,4 Mio. ausländische ZivilarbeiterInnen (unter ihnen auch Freiwillige), 4,6 Mio. Kriegsgefangene und 1,7 Mio. Häftlinge im Deutschen Reich im Arbeitseinsatz. Dazu kamen weitere 20 Mio. ZwangsarbeiterInnen, die alleine in der Sowjetunion für die Deutschen arbeiten mussten.

Spätestens 1944 gab es laut Spoerer kein größeres Unternehmen mehr, das keine ZwangsarbeiterInnen beschäftigte. Wie mit ihnen umgegangen wurde, habe sich je nach Betrieb sehr stark unterschieden. Allerdings ergeben sich mit Blick auf die Verteilung der Sterblichkeitsrate interessante Aspekte: Sie korrelierte nicht mit der Arbeitsproduktivität der Betroffenen, sondern danach, ob sie aus einem reichen (= westeuropäischen) oder armen (= ost- und südeuropäischem) Land kamen, mithin auch mit der NS-Rassenideologie.

*Johannes Großmann* beschäftigte sich mit den Evakuierungen der Zivilbevölkerung, die sowohl auf deutscher wie auf französischer Seite entlang der gemeinsamen Grenze als Kriegsvorbereitungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Während in Frankreich die Planungen weit vorangeschritten waren, seien sie auf deutscher Seite erst als Reaktion auf die eigenmächtigen Fluchtwellen während der Sudetenkrise 1938 angelaufen, denn die NS-Ideologie habe von der „Grenzland“bevölkerung erwartet, dass sie notfalls als Partisanen zurückbleiben. Die Evakuierungen wurden daher von der NS-Propaganda weitgehend geheim gehalten.

Die Erfahrungen der Betroffenen waren auf beiden Seiten ähnlich. Vor dem Krieg erlebten sie, wie Soldaten und Arbeiter im Rahmen der Grenzbefestigungsmaßnahmen in ihre Dörfer und Städte kamen, es folgten Klagen über gestiegene Kriminalität und Verknappung der Konsumgüter. Nach ihrer eigenen Evakuierung stießen nun sie selbst auf Ablehnung. Im Deutschen Reich lässt sich, so Großmann, gar eine Essentialisierung landsmannschaftlicher Mentalitäten beobachten, d.h. es wurde ein Wesensunterschied beispielsweise zwischen Badenern und Bayern behauptet. Dies stand im Widerspruch zur Volksgemeinschaftsrhetorik der Nazis. Im evakuierten Gebiet selbst kam es zu einer Verwilderung durch Witterung, Plünderung und Kriegsschäden. Nach dem Krieg gegen Frankreich versuchten die Gauleiter, das nun ehemalige Grenzland mit weitreichenden Raumordnungsplänen neu zu gestalten.

Großmann vermutete, dass es auf deutscher Seite noch weitere Nachwirkungen der Evakuierungsmaßnahmen gab. So habe es vermutlich die Umsetzung des Euthanasieprogramms beschleunigt – zumindest sei ein Großteil der evakuierten Psychiatrieeinsassen schon kurz, nachdem sie aus ihrem gewohnten und geschützten Umfeld gebracht waren, nicht mehr am Leben gewesen. Inwieweit die

organisatorischen und praktischen Erfahrungen dieses „Bevölkerungsmanagements“ später bei der Umsetzung des Holocaust handlungsleitend wurden, bedarf der weiteren Erforschung.

### **21.5.: Generalstaatsanwalt a.D. Klaus Pflieger, Der Baader-Meinhof-Prozess, 19 Uhr, Kupferbau HS 24**

Über Jahre hatte die „Rote Armee Fraktion“ die Bundesrepublik in Atem gehalten, ab 21. Mai 1975 wurde vier ihrer führenden Mitglieder – Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe – in Stammheim der Prozess gemacht; das Gebäude war eigens dafür errichtet, die Strafprozessordnung kurz zuvor geändert worden. Waren der Prozess und der Umgang mit der RAF ein Sieg des Rechtsstaates? Mit dieser Frage hat sich der frühere Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger – er hat den Prozess und die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen als Haftrichter aus nächster Nähe verfolgt und später weitere Verfahren gegen RAF-Angehörige bearbeitet – intensiv befasst.

Gegenüber den RAF-Terroristen hat der Staat Entschlossenheit gezeigt. Hat er das auch gegenüber den NS-Verbrechern (und bei den NSU-Morden und dem Oktoberfest-Anschlag) getan? Auf diese Frage wird Klaus Pflieger (er war einer der Sachbearbeiter des Oktoberfest-Attentats und als Generalstaatsanwalt für das Verfahren wegen des Mordes an Michèle Kiesewetter zuständig) ebenfalls eingehen. Er wird dazu befragt von Michael Kuckenburg.

### **23.5.: Respekt und Mitmenschlichkeit: Ja zur Vielfalt! Kundgebung und Fest, 11 Uhr, Marktplatz Tübingen**

Auf der Suche nach Heimat und Frieden kommen viele Menschen zu uns. Derzeit nimmt die Zahl der Flüchtlinge im Kreis Tübingen zu. Sie kommen in eine fremde Umgebung und Kultur, meist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache. Viele von ihnen, besonders aus Kriegsgebieten, sind körperlich oder psychisch krank. Wir wollen, dass sie menschliche Zuwendung und medizinische Hilfe erfahren und menschenwürdige Wohnungen vorfinden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit fundamental. Wir bekennen uns uneingeschränkt zu den darin begründeten Menschenrechten, insbesondere der Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Attacken wie beispielsweise auf jüdische oder muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger dürfen bei uns niemals Platz haben; dasselbe gilt für Gewalttaten eines vorgeblich religiös motivierten Extremismus gegen Menschen und Einrichtungen, die von ihrem Recht auf Freiheit der Meinung, der Wissenschaft und der Kunst Gebrauch machen.

Der innere Frieden kann nur gewahrt werden, wenn sich alle Menschen und Religionsgemeinschaften ohne jede Einschränkung klar und eindeutig mit Wort und Tat von Gewalt distanzieren. Wir vertreten, dass die Grundrechte für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Weltanschauung, Alter, sexueller Orientierung oder möglichen Handicaps gelten.

Unsere Gesellschaft ist vielfältig. Menschen, die hier leben, arbeiten oder zur Schule gehen, sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft und bereichern unser Zusammenleben. Wir setzen uns dafür ein, dass sie hier ohne Ausgrenzung leben können.